SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Kommunalwahlen in der Tschechischen Republik

Schneider, Eleonora

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Schneider, E. (1995). *Kommunalwahlen in der Tschechischen Republik.* (Aktuelle Analysen / BIOst, 14/1995). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-45378

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Nr. 14/1995 7. Februar 1995

Kommunalwahlen in der Tschechischen Republik

Zusammenfassung
Die Kommunalwahlen im November 1994 waren die ersten Wahlen im selbständigen Tschechien. Sie markierten das Ende der nachrevolutionären Phase der Tschechoslowakei und sagten gleichzeitig nach zweieinhalbjähriger Regierungszeit etwas über die Akzeptanz der bisherigen Regierungspolitik sowie über die Stärke bzw. Schwäche der einzelnen Parteien aus. Zu den Erfolgreichen der Kommunalwahlen zählen: die unabhängigen Kandidaten, die Bürgerlich-Demokratische Partei (ODS), die Vereinigung zwischen den Christdemokraten und der Volkspartei (KDU-ÈSL) sowie die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (KSÈM).

Die Kommunalwahlen in der Tschechischen Republik fanden am 18./19. November 1994 statt. Ihre Bedeutung reicht weit über lokale Anliegen hinaus. Es waren die ersten Wahlen auf dieser Ebene im selbständigen Staat, und sie markierten gleichzeitig das Ende der nachrevolutionären Phase, weil mit ihnen die letzten Akteure des einstigen revolutionären Bürgerforums und die aus dem Dissidentenmilieu stammenden Räte und Bürgermeister abgewählt wurden. Sie hatten zwar oft eine respektable Politik gemacht, verfügten aber über keine strukturelle Basis oder sahen sich selbst als Übergangskräfte und kandidierten gar nicht mehr. Somit wirkte sich die im Sommer 1992 erfolgte Verlagerung im politischen Gefüge jetzt auch auf kommunaler Ebene aus. Nur einige Bürgerrechtler überlebten als unabhängige Kandidaten.[1]

Die Wahlbeteiligung lag bei insgesamt 62,3%, was für ein ziemlich großes Interesse der Bürger für das Geschehen in der eigenen Stadt oder im Dorf spricht.[2] Der Vergleich mit den ersten freien Kommunal-

1 Michael Frank, Die Abwahl der letzten Revolutionäre, in: Süddeutsche Zeitung, 19.11.1994, S. 6.
2 Budování státù, 11, 1994, S. 4.

wahlen im Jahre 1990, an denen sich 78% der Tschechen und Slowaken beteiligten, wäre hier nicht ganz richtig, da damals noch eine revolutionäre Stimmung herrschte, in der es nur darum ging, die Funktionäre der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KPÈ) abzuwählen.

Anhand der politischen Kommentare zu den Ergebnissen scheint es, als hätte es bei den jüngsten Kommunalwahlen fast nur Sieger gegeben. Dies geht auf die Besonderheiten des tschechischen Wahlrechts und das Stadt-Land-Gefälle zurück. Einen eindeutigen Wahlsieger der Kommunalwahlen zu benennen ist im Grunde genommen unmöglich, weil der Wahlerfolg aus zweierlei Sicht beurteilt werden kann: Entweder nimmt man die Gesamtzahl der gewonnenen Mandate oder die prozentuelle Vertretung im ganzen Staat.

Die Erfolgreichen

Die neokonservativ orientierte *Bürgerlich-Demokratische Partei* (ODS) des Ministerpräsidenten Václav Klaus erhielt insgesamt 28,7% aller Stimmen, was aber nur 11% der im ganzen Land vergebenen Mandate ausmacht. Ihr Erfolg wird noch aussagekräftiger, wenn man in Betracht zieht, daß sie nur in einem Viertel der Orte kandidieren konnte; sie verfügt lediglich über 23.000 Mitglieder. Die Anzahl der gewonnenen Stimmen und Mandate der ODS wuchs entsprechend mit der Größe der Ortschaft; die größten Gewinne konnte die Partei in den Städten verbuchen, in denen sie bis auf wenige Ausnahmen den ersten Platz belegte. In Prag erzielte sie fast 42%.[3] Das gute Viertel der Stimmen entspricht in etwa dem Anteil, den die ODS bei den letzten Parlamentswahlen 1992 gewann und den sie seither mit geringen Schwankungen hält.

Wenn die ODS auf dem Land nicht durchgängig Kandidaten aufstellte, so hängt das zum Teil mit ihrer nur dreieinhalbjährigen Existenz zusammen, in der sie ihre Organisationsstruktur in der Provinz nicht gut genug ausbauen konnte im Unterschied zu den Parteien, die bereits im Rahmen der nationalen Front zur kommunistischen Zeit, also als Blockparteien der Kommunistischen Partei, agierten, wie: die Tschechische Volkspartei (ÈSL) (in einer Koalition mit der Christlich-Demokratischen Union KDU-ÈSL) und die heute unbedeutende Tschechoslowakische Sozialistische Partei[4] (ÈSS). Zum anderen profiliert sie sich als eine (Haupt)Stadtpartei, die sich vordergründig um die makrostrukturelle Transformationsproblematik sorgt, um kommunale Belange aber wenig kümmert und sich bislang auch weigerte, so etwas wie eine autonome Kommunalpolitik zu fördern. Viele Bürgermeister mahnen dringend eine Ebene zwischen Zentralregierung und Kommunalstruktur an und sagen, daß die Prager Zentralisten die Entscheidung darüber aus Angst vor einem möglichen Machtverlust verschleppen würden.[5]

In ihrer Wahlkampagne konzentrierte sich die ODS auf folgende Schlagworte: stabiles demokratisches System, ökonomische Prosperität und anerkannter Platz in der Welt. Nach Aussage von V. Klaus haben die Kommunalwahlen die bisherige Entwicklung der Tschechischen Republik bestätigt.[6]

Die Vereinigung *Christlich-Demokratische Union/Tschechische Volkspartei* (KDU-ÈSL) unter der Führung von Josef Lux war gleichfalls erfolgreich. Sie bekam zwar nur 8,6% der Stimmen, dafür aber die größte Anzahl von Mandaten nach den unabhängigen Kandidaten - 13% -, womit sie sich ebenfalls zum Wahlsieger erklären konnte. Sie wurde in kleineren Ortschaften gewählt, wo sie über eine breite Organisationsbasis verfügt, vor allem stimmte man in den traditionellen Gebieten der Volkspartei, in Südmähren, für sie. In den Städten belegte sie den zweiten oder dritten Platz.[7] Eine solche Machtbasis auf dem Lande erweckt aber den Argwohn der ODS, noch dazu wenn sie in Mähren liegt, dessen nach 1989 aufkeimenden Patriotismus und Regionalismus die ODS im Zusammenhang mit den Erfahrungen mit der Slowakei früher als Sezessionsgelüste interpretierte und dem sie daher heute noch mißtrauisch gegenübersteht.

---

3 Ladislav Pištora, Komunální volby v øeèi èísel, in: Respekt, 48, 1994, S. 4.

4 Im Mai 1993 legte sie zuerst das Attribut "sozialistisch" ab und danach nannte sie sich in "Liberal-Soziale Volkspartei" (LSNS - "Liberální strana národnì sociální") um. Nachdem sie die im Parlament vertretene Vereinigung "Liberal-Sozialen Union" in Juni 1993 verlassen hat, aggiert sie als selbständige Fraktion. Vgl. Lubomír Brokl/Zdenka Mansfeldová, Bilanz der tschechischen Innenpolitik im Jahre 1993, Bericht des BIOst Nr.8/1995.

5 Michael Frank, Die Abwahl der letzten Revolutionäre, in: Süddeutsche Zeitung, 19.11.1994, S. 6.

6 Budování státù, 11, 1994, S. 4-5.

7 Ladislav Pištora, Komunální volby v øeèi èísel, in: Respekt, 48, 1994, S. 4.

Zwischen der KDU-ÈSL und der ODS hatte es im Wahlkampf wieder einmal Auseinandersetzungen wegen der Rückgabe von Kircheneigentum gegeben, die jedoch mit einem freundlichen Kommuniqué beider Vorsitzenden noch vor den Wahlen beigelegt wurden. In ihrem kommunalen Wahlprogramm äußerte sich die KDU-ÈSL zum komplizierten Problem der Roma-Minderheit, der sich offiziel 33.000 Menschen zurechnen, qualifizierten Einschätzungen zufolge aber zwischen 200.- 300.000[8] angehören. Nach den Meinungsumfragen war dies eine der Fragen, die die Wähler am meisten interessierte. Die Partei schlug vor, das gegenwärtige Problem mit einem ausreichenden Angebot an Bildungsprogrammen und Arbeitsmöglichkeiten zu lösen sowie gleichzeitig den Druck zu verstärken, diese auch in Anspruch zu nehmen.[9]

Ein besonderes Phänomen der Kommunalwahlen waren die *unabhängigen Kandidaten*. Sie sind mit 53% der gewonnenen Mandate der eigentliche, obschon seltsame "Sieger". Ihnen gaben Menschen auf dem Lande ihre Stimmen, vor allem in kleineren Dörfern. Dort waren die Menschen mit dem Wahlergebnis auch am meisten zufrieden. Daß viele Bürger unabhängigen Kandidaten vor Parteien den Vorzug gaben, liegt daran, daß politische Parteien durch die 40jährige Dominanz der Kommunistischen Partei in der vorangegangenen Ära diskreditiert sind und die meisten Menschen weiterhin eine Abneigung gegen sie empfinden. In diesem Zusammenhang muß auch die geringe Mitgliederzahl der meisten Parteien, trotz einer weiterhin hohen Politisierung der Öffentlichkeit, gesehen werden. Die absolute Stellung des Marktes, verbunden mit der besonders starken, weil nachholenden Konsumorientierung, verstärkt die Atomisierung der tschechischen Gesellschaft aus der Zeit der totalitären Herrschaft, die die Bürger vom Interesse um öffentliches Tun abbringt.[10]

Die Unlust der Tschechen, Mitglied in politischen Parteien zu werden und am politischen Geschehen teilzunehmen, scheint ein charakteristischer Zug des öffentlichen Lebens in ganz Osteuropa zu sein. Anscheinend ist dies eine verteidigende oder mißtrauische Haltung der Bürgergesellschaft gegenüber den Tendenzen, die Republik in einen Parteienstaat umzuwandeln bzw. auch unter den neuen Bedingungen der Demokratie in der vom kommunistischen Regime vererbten Tradition der Funktionen von Staat und politischem Leben weiterzumachen.

Die *Kommunistische Partei Böhmens und Mährens* (KSÈM) unter dem Vorsitz von Miroslav Grebeníèek bekam 14,7% der Stimmen, womit sie plötzlich zur zweitstärksten Partei wurde, allerdings ist ihr Ergebnis mit 10% der Mandate in den Rathäusern erheblich niedriger. Zulauf hatten sie in den seit 1990 bereits lokalisierten sog. roten Regionen, die vor allem in den vernachlässigten Gegenden Nord- und Westböhmens liegen, in Most (Brüx) stellen die Kommunisten sogar die Mehrheit im Stadtrat. Der Grund für das relativ gute Abschneiden der Kommunistischen Partei liegt in ihrer breiten Organisations- und Mitgliederstruktur, die es ihr ermöglichte, die überhaupt größte Anzahl von Kandidaten in den Gemeindevertretungen aufzustellen. In ihren Reihen sind Menschen, die sich in der kommunalen Problematik und Verwaltungsaufgaben auskennen, bekannt sind und das Vertrauen der Menschen vor Ort genießen. Das bedeutet aber nicht, daß die KSÈM nach fünf Jahren der Systemtransformation nun im Aufwind begriffen ist, im Gegenteil, ihre Mitgliederbasis ist gegenüber der vorrevolutionären Ära auf weniger als ein Viertel geschrumpft. Ihre Wählerschaft entspricht circa einer viertel Million Parteimitglieder mit deren Familienangehörigen.[11] Auf der parlamentarischen Ebene würde sie auch keinen solchen Erfolg haben, die Wählerpräferenzen bewegen sich hier zwischen 5 und 9%. Allerdings überstieg das Wahlergebnis die Prognosen um fast 100%, was bedeutet, daß ein Teil ihrer Anhänger bei Umfragen seine Überzeugung leugnet. Diese Tatsache zeugt von ihrer gesellschaftlichen Isolation und vom nicht überwundenen Antikommunismus eines großen Teils der tschechischen Gesellschaft.

Die KSÈM ist die einzige Partei in Ostmitteleuropa, die sich nicht umbenannte, weiter auf ihrer Kontinuität beharrt und ihrer Vergangenheit nicht öffentlich entsagte. Von der tschechischen Gesellschaft, die lange von stark antikommunistischen Gefühlen dominiert wurde, ist sie als eine extremistische Partei ins politische Abseits gedrängt worden. Im Unterschied zu Polen und Ungarn, wo die kommunistischen Parteien im Laufe der Gorbatschow-Ära größere Reformen selbst initiierten oder zuließen, hatte sich die KPÈ nach der Erfahrung des Prager Frühlings bis zum Schluß geweigert, auch nur kleine Reformen vor-

---

8 Rudé právo, 30.1.1995, S. 3.
9 Budování státù, 11, 1994, S. 5.
10 Ladislav Pištora, Komunální volby v øeèi èísel, in: Respekt, 48, 1994, S. 4.
11 Petr Nováèek, Grebeníèkova strana nevstala z hrobu, in: MF Dnes, 1.12.1994, S. 12.

zunehmen. Deshalb ist sie auch heute einer Transformation in eine quasisozialdemokratische Partei unfähig.

Die Outsider

Die weiteren, neben ODS und KDU-ÈSL an der Regierungskoalition beteiligten Parteien, ODA und KDS, schnitten eher schwach ab. Die zweitstärkste Partei der Regierungskoalition, *die Bürgerlich-Demokratische Allianz* (ODA), kandidierte ebenfalls wegen ihrer unzureichenden Mitgliederbasis und Organisationsstruktur in nur 3% der Orte, besonders aber in den großen Städten. Im gesamtstaatlichen Durchschnitt erzielte sie etwas weniger als die Sozialdemokraten - 7% der Stimmen -, dafür aber 18% der Mandate. In den Großstädten konnte sich ihr Ergebnis schon eher sehen lassen: In Prag bekam sie 9%, in Brno (Brünn) 12% und in Plzeò (Pilsen) 11%.

Die Stimmen der *Christlich-Demokratischen Partei* (KDS) sind bei den Gemeindewahlen noch mehr zusammengeschrumpft, als es aus Meinungsumfragen hervorging, nach denen sie nur 1% erreichen sollte, so daß sich die KDS ernsthaft überlegen muß, ob sie sich mit einem der Koalitionspartnern zusammen tut.

Die *Sozialdemokratische Partei* (ÈSSD) als die stärkste oppositionelle linksorientierte Partei in der Tschechischen Republik verband mit den Kommunalwahlen große Hoffnungen, aber mit rund 9 % der Stimmen und nur 2% der Mandate in insgesamt einem Zehntel der Ortschaften, in denen sie Kandidaten aufstellte, muß man eher von einem Mißerfolg sprechen.

Die ÈSSD entspricht keineswegs ihren standardisierten westlichen Pendants, auch wenn anfangs der gute Wille erkennbar war. Jiøí Horák, der nach 40 Exiljahren zurückgekehrt war, erneuerte sie mit einigen einheimischen Senioren. Zuerst wurde die ÈSSD zu einer Fluchtstätte für die Reformkommunisten, die nach dem Prager Frühling aus der KPÈ ausgeschlossen worden waren. Im Laufe der Jahre 1990-1991, in denen die Kommunistische Partei zerbröselte, liefen allerdings auch viele ihrer Ex-Mitglieder zur Sozialdemokratie über[12] und somit entstand eine politisch amorphe Partei, die in Miloš Zeman einen nur mit scharfen Worten attackierenden Opposionsvorsitzenden fand, der sich gegen die Regierungspolitik stellt, ohne ein konstruktives, alternatives Programm zu haben.

In das linke Spektrum passen auch die tschechischen Republikaner, die radikale *Vereinigung für die Republik - Tschechische Republikanische Partei* (SPR-RSÈ), die die Erwartungen gleichfalls nicht erfüllte - sie hatte insgesamt 3% der Stimmen vor allem deshalb erzielen können, weil sie in manchen Städten Nordböhmens bis zu 10% erreichte. Diese populistische Partei machte ursprünglich mit einer ultrarechten Rhetorik auf sich aufmerksam. Doch in ihrer praktischen Politik nähert sie sich immer mehr den Restkommunisten an, indem sie versucht, den alten tschechischen Nationalismus wiederzubeleben.[13]

Im Unterschied zu den Kommunalwahlen 1990 sind die sog. mährischen Parteien 1994 völlig durchgefallen. Die stärkste Partei, die *"Böhmisch-Mährische Partei der Mitte"*, ein Zusammenschluß der früheren "Bewegung für selbstverwaltete Demokratie Mährens und Schlesiens" (HSD-SMS), ist eine weitere kleine Partei, der ebenfalls wie den Republikanern nach den Parlamentswahlen im Sommer 1992 der Einzug in den Tschechischen Nationalrat (ÈNR), das Parlament, gelang. In die damalige Föderalversammlung sind beide gar nicht gekommen, aber weil sie die Fünf-Prozent-Hürde für die Wahl in den Tschechischen Nationalrat knapp schafften, sitzen sie nun nach der Teilung des Staates im tschechischen Parlament. Die "Böhmisch-Mährische Partei der Mitte", erhielt nur 1% der Stimmen, in Brno (Brünn), dem politischem und historischem Zentrum Mährens, nur 5% der Mandate.[14] Die geringfügige Stimmenanzahl zeugt davon, daß der nach 1989 erwachte mährische Nationalismus und der mährisch-schlesische Gedanke der Gebietsselbstverwaltung, der im Frühjahr 1991 seinen Höhepunkt erreichte, nach der Trennung der Slowakei und Ausdünnung des politischen Programms durch mehrmaligen Kurswechsel immer mehr an Bedeutung verliert.[15]

---

12 Petr Pøihoda, Die Kommunalwahlen - Hoffnung für die tschechische Linke, in: Prager Zeitung, 20.10.1994, S. 2.
13 Ebenda.
14 Ladislav Pištora, Komunální volby v øeèi èísel, in: Respekt, 48, 1994, S. 4.
15 Marek Stonis, Konec moravistù v èeských zemích, in: Lidové noviny, 8.6.1994, S. 3.

Fazit

Die Kommunalwahlen bestätigten die fortdauernde Unterentwicklung und Schwäche der Parteien, denen gegenüber ein immer noch recht großer Teil der Gesellschaft Abneigung verspürt. Dies ist an der schwachen Organisations- und Mitgliederstruktur nicht nur der führenden ODS abzulesen. Es zeigte sich zudem, daß die ODS weiterhin ihre starke Position hält, daß sie einen zahlreichen und stabilen Kreis von Anhängern hat, der trotz einiger problematischer Schritte der Regierung und mehrerer Skandale in ihren Reihen hinter ihr steht und sie wählt.

Die Ergebnisse der Kommunalwahlen weisen darauf hin, welche politischen Parteien Aussichten auf Erfolg in den Parlamentswahlen Mitte 1996 haben werden, obwohl die Beziehung zwischen der sog. großen und der kommunalen Politik nicht unmittelbar sein muß. In der tschechischen Öffentlichkeit existieren aber lediglich verschwommene Vorstellungen von kommunaler Selbstverwaltung. So wurde nicht unbedingt zwischen Kommunal- und Parlamentspolitik unterschieden, sondern danach, ob man mit dem Voranschreiten und den Folgen der Transformation zufrieden oder nicht zufrieden ist, was sich gerade in dem Abstimmungsverhalten in den Großstädten zeigte, wo die Menschen am meisten von der Transformation profitierten.

Davon, daß weniger die Kommunalwahlprogramme ausschlaggebend waren, zeugt auch die Tatsache, daß die Tschechen politische Persönlichkeiten (67% der Wählerstimmen) wählten, wie sie sie aus den Massenmedien kennen - vor allem in den Großstädten -, und erst an zweiter Stelle nach der Parteizugehörigkeit entschieden. Auch in kleineren Städten und insbesondere in den Dörfern votierten sie für Persönlichkeiten,[16] aber hier stimmten sie am liebsten für den unabhängigen Kandidaten.

Von den insgesamt neun Parteien, die im Juni 1992 ins tschechische Parlament einzogen, würden nach den kontinuierlichen Wählerpräferenzen von 1993 und 1994 maximal fünf Parteien ins Parlament kommen - die rechtsorientierten ODS, ODA und KDU-ÈSL und die linksorientierten Parteien ÈSSD und KSÈM. Diese Entwicklung und die gesamte Stabilisierung des tschechischen Parteiensystems wurden nun durch die Ergebnisse der Kommunalwahlen bestätigt.

Eleonora Schneider

Die Autorin ist Mitarbeiterin des von der Stiftung Volkswagenwerk finanzierten Forschungsprojekts "Die Überwindung des Kommunismus in der Tschechischen und Slowakischen Republik".

16 Lidové noviny, 20.12.1994, S. 3.